

TERMINE

Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

Gesetze und Verordnungen (laufende und geplante Verfahren)

Gesetz zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes, zur Änderung des Strompreisbremsengesetzes sowie zur Änderung weiterer energiewirtschaftlicher und sozialrechtlicher Gesetze

- zustimmungsfrei – bes. eilbedürftig -

- Von den bereitgestellten 4,5 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds werden kurzfristig 2,5 Mrd. Euro pauschal über das Bundesamt für Soziale Sicherheit (BAS) an alle Krankenhäuser verteilt
- Regelungen zur verpflichtenden Energieberatung für Krankenhäuser sowie für voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen werden präzisiert

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
----------------------------	---------------

12.05.2023	1. Durchgang Bundesrat
------------	------------------------

05.04.2023	Kabinettsbeschluss
------------	--------------------

Gesetz zur Stärkung der hochschulischen Pflegeausbildung, zu Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse in der Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften

(Pflegestudiumstärkungsgesetz – PflStudStG)

- zustimmungspflichtig -

- Pflegestudium wird als duales Studium ausgestaltet: Finanzierung des praktischen Teils und der Vergütung für Studierende für das gesamte Studium über das bestehende Finanzierungssystem der beruflichen Pflegeausbildung (Ausgleichsfonds in den Ländern)
- Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte werden weiter vereinheitlicht und vereinfacht

24.05.2023	Kabinettsbeschluss
------------	--------------------

05.04.2023	Referentenentwurf
------------	-------------------

Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege

(Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz – PUEG)

- zustimmungsfrei -

- Beitragssatz für die Pflegeversicherung wird zum 01.07.2023 von 3,05 auf 3,4 Prozent erhöht – ergänzend steigt der Zuschlag für kinderlose Versicherte von 0,35 auf 0,6 Prozent
- Einführung gestaffelter Beitragssätze für Eltern (Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils)
- Weitere Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige
- Verpflichtende Anbindung aller Pflegeeinrichtungen an TI und ePA ab 01.07.2025

vsl. 16.06.2023	2. Durchgang Bundesrat
-----------------	------------------------

vsl. 25. oder 26.05.2023	2./3. Lesung Bundestag
--------------------------	------------------------

12.05.2023	1. Durchgang Bundesrat
------------	------------------------

10.05.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
------------	----------------------------------

27.04.2023	1. Lesung Bundestag
------------	---------------------

05.04.2023	Kabinettsbeschluss
------------	--------------------

24.03.2023	Neue Fassung Referentenentwurf
------------	--------------------------------

17.03.2023	Neue Fassung Referentenentwurf
------------	--------------------------------

20.02.2023	Referentenentwurf
------------	-------------------

Gesetz zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei patentfreien Arzneimitteln und zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln

(Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz – ALBVVG)

- zustimmungsfrei - bes. eilbedürftig -

- Einführung eines Frühwarnsystems, um drohende Lieferengpässe frühzeitig zu erkennen und zu verhindern
- Vorgaben für Lagerverpflichtungen für rabattierte Arzneimittel
- Erhöhung der Verfügbarkeit von versorgungskritischen Arzneimitteln durch gezielte finanzielle Impulse und Änderungen im Festbetragssystem
- Anpassung der Preisgestaltung und Rabattvertragsverbot bei Kinderarzneimitteln und Schaffung von Anreizen, um die Wirkstoffproduktion (von Antibiotika) wieder nach Europa zu verlagern
- Konkretisierungen beim Kombinationsabschlag
- Klarstellung zur Zusatznutzenbewertung bei „therapeutischen Solisten“

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
vsl. 07.07.2023	2. Durchgang Bundesrat
vsl. 22. oder 23.06.2023	2./3. Lesung Bundestag
vsl. 14.06.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
vsl. 24. oder 25.05.2023	1. Lesung Bundestag
12.05.2023	1. Durchgang Bundesrat
05.04.2023	Kabinettsbeschluss
14.02.2023	Referentenentwurf
16.12.2022	Eckpunkte

EU-Pharmapaket

- Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für Arzneimittel u. a. mit folgenden Kernelementen:
 - Stärkung der Verfügbarkeit und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln
 - Bewahrung eines innovationsfreundlichen Umfelds für Forschung, Entwicklung und Herstellung von neuen Arzneimitteln in der EU
 - Behebung von Arzneimittelengpässen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit
 - Einführung von Investitionsanreizen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel
 - Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenzen

26.04.2023	Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Richtlinie und eine neue Verordnung Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen
------------	---

Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland

- zustimmungsfrei -

- UPD wird im Rahmen einer Stiftung bürgerlichen Rechts neu strukturiert und verstetigt
- GKV-Spitzenverband errichtet die Stiftung und finanziert diese – ab 01.01.2024 jährlicher Zuschuss von 15 Mio. Euro; PKV kann sich anteilig in Höhe von 7 Prozent an den Kosten der Finanzierung beteiligen

<ul style="list-style-type: none"> Aussetzung der Budgets in der allgemeinen ambulanten Kinder- und Jugendmedizin sowie der Schwerpunktbereiche der Kinder- und Jugendmedizin; vollständige Ausbudgetierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie 	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
31.03.2023	2. Durchgang Bundesrat
16.03.2023	2./3. Lesung Bundestag
01.03.2023	Anhörung im Gesundheitsausschuss
10.02.2023	1. Durchgang Bundesrat
26.01.2023	1. Lesung Bundestag
21.12.2022	Kabinettsbeschluss
17.10.2022	Referentenentwurf

Gesetz zum Schutz von Kindern vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt (Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz – KWG)

- zustimmungspflichtig -

- Verbot von an Kinder gerichteter Werbung oder Sponsoring für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
14.02.2023	Referentenentwurf

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften (OZG-Änderungsgesetz – OZG-ÄndG)

- Ausweitung des unmittelbaren Gültigkeitsbereiches des Onlinezugangsgesetzes auf Krankenkassen und gesamte Sozialversicherung
- Krankenkassen werden zu unmittelbarer Anbindung an das Bürgerkonto des Bundes verpflichtet

24.05.2023	Kabinettsbeschluss
20.01.2023	Referentenentwurf

Cannabis-Legalisierung

- In einem ersten Schritt sollen der Anbau in nicht-gewinnorientierten Vereinigungen und der private Eigenanbau bundesweit ermöglicht werden
- Die Abgabe in Fachgeschäften wird in einem zweiten Schritt als wissenschaftlich konzipiertes, regional begrenztes und befristetes Modellvorhaben umgesetzt

12.04.2023	Neue Eckpunkte der Bundesregierung
25.10.2022	Eckpunkte der Bundesregierung